Deutscher Bundestag **Drucksache 19/10799**
19. Wahlperiode 11.06.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Michael Espendiller, Martin Reichardt und der Fraktion der AfD

Psychische Gefährdungen der Studenten durch erhöhte Studienbelastungen

Psychotherapeuten berichten seit Jahren, dass die Zahl der Studenten, die bei ihnen Hilfe sucht, steigt. Allein im Zeitraum von 2010 bis 2015 stieg die Zahl der Erstgespräche der psychotherapeutischen Ambulanz in Göttingen für Studierende um 30 Prozent an (Reich, Günter; Cierpka, Manfred, Studieren[de] als Herausforderung. In: Psychotherapeut 62 [5], 2017, S. 393), obwohl die Zahl der Studenten in einem geringeren Maße zunahm (https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/). Heute wird bei 17 Prozent der Studenten eine psychische Störung diagnostiziert (Ärztereport 2018, S. 8). 20 bis 25 Prozent der Studenten weisen ausgeprägte Symptome auf, die auf psychische Belastungen zurückzuführen sind (Reich und Cierpka 2017, S. 393).

Besonders um das Jahr 2009 konnte ein rapider Anstieg an Studenten verzeichnet werden, die eine psychotherapeutische Beratungsstelle aufsuchten. Experten gehen davon aus, dass die Umstrukturierung des Studiums auf Bachelor- und Masterabschlüsse mitverantwortlich dafür sein könnte (Holm-Hadulla et al. 2009, S. 9). Studenten der neuen Studiengänge Bachelor und Master leiden zu Beginn ihres Studiums stärker unter psychischen Belastungen (https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs00278-012-0914-z.pdf) und begeben sich häufiger und bereits in früheren Semestern in psychologische Beratungen und Therapien (Reich und Cierpka 2017, S. 393).

Am häufigsten leiden Studenten an Belastungs-, somatoformen sowie affektiven Störungen, wobei somatoforme Störungen als häufigste Einzeldiagnose gelten (Ärztereport 2018, S. 158 f.). Stress spielt eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und Aufrechterhaltung somatoformer Störungen (Kapfhammer, H. P., Somatoforme Störungen. Konzept, Klinik, Atiopathogenese und Therapie, Der Nervenarzt, Nr. 79, 2008, S. 99–117, hier: S. 109). In den vergangenen Jahren haben die psychischen Störungen jedoch nicht nur quantitativ zugenommen, auch die Intensität von Prüfungsängsten ist signifikant gestiegen (Holm-Hadulla et al. 2009, S. 9).

Eine Erklärung für die gestiegene Belastung könnte sein, dass durch die Umstrukturierung der Studiengänge die Zahl der Pflichtveranstaltungen und die Vorbereitungsintensität für nun verpflichtende Leistungsnachweise gestiegen sind (Kühl, Stefan, Verschulung wider Willen. Die ungewollten Nebenfolgen einer Hochschulreform. In: Nicola Hericks [Hg.]: Hochschulen im Spannungsfeld der Bologna-Reform: Erfolge und ungewollte Nebenfolgen aus interdisziplinärer Perspektive. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2018, S. 300 ff.). Die höhere Zahl der Pflichtveranstaltungen und Leistungsnachweise schränkt die Selbst-

bestimmung der Studenten inhaltlich und zeitlich ein. Eine hohe Zahl von Prüfungen und zu erbringender Leistungsnachweise verschärft die Situation weiter. Den Fragestellern ist dennoch keine stabile Evaluation der gesundheitlichen Auswirkungen der Bologna-Reform bekannt.

Ungeachtet der erhöhten psychischen Belastungen durch das Studium, die womöglich eine direkte Nebenfolge der Bologna-Reform sein könnten, unternimmt die Bundesregierung, nicht zuletzt mit dem Hochschulpakt 2020, große Anstrengungen, um die Studienanfängerquote nach dem vermeintlichen Bedarf der Wirtschaft zu erhöhen (http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/pm2007-04.pdf).

Die Fragesteller interpretieren diese Statistiken so, dass die Bologna-Reform mitverantwortlich für die starken psychischen Belastungen der Studenten ist. Weiter legen die Statistiken die Schlussfolgerung nahe, dass ein ständig wachsender Teil der Studenten den Anforderungen eines Studiums offenbar nicht (mehr) gewachsen ist. Durch die Bestrebungen, die Studienanfängerquote weiter zu erhöhen, besteht insofern die Gefahr, dass sich diese Entwicklung weiter verschärft, was aus Sicht der Fragesteller Anlass sein muss, diesen Kurs kritisch zu evaluieren und ggf. zu korrigieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie interpretiert die Bundesregierung die Zunahme psychischer Störungen unter jungen Menschen und insbesondere unter Studenten?
2. Hat die Bundesregierung ggf. selbst Studien in Auftrag gegeben, die die Gründe für die Zunahme untersucht haben oder noch untersuchen?
   a) Falls ja, welche Ergebnisse haben diese Studien ggf. erbracht?
   b) Falls nein, warum hat die Bundesregierung keine Studien in Auftrag gegeben?
3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, inwieweit Untersuchungen die sprunghafte Zunahme der psychischen Störungen auch mit der Umstrukturierung des Studiums im Zuge der Bologna-Reform in Verbindung gebracht haben?
   a) Falls ja, welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bisher aus diesen Untersuchungen mit Blick auf die Ausgestaltung des Bologna-Reform gezogen?
   b) Falls die Bundesregierung bisher keine Konsequenzen gezogen hat, warum nicht?
4. Fanden mögliche Auswirkungen erhöhter psychischer Belastungen des Studiums Berücksichtigung, als die Bundesregierung sich dazu entschieden hat, die Studienanfängerquote zu erhöhen?
   a) Falls ja, in welcher Form fanden mögliche Auswirkungen erhöhter psychischer Belastungen der Studenten durch das Studium Berücksichtigung?
   b) Falls nein, warum nicht?
5. Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, wie der steigenden Zahl psychischer Störungen bei Studenten entgegengewirkt werden kann?
   a) Falls ja, welcher Art sind diese Überlegungen?
   b) Falls nein, warum nicht?

6. Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um auf die Gefahren einer möglichen psychischen Erkrankung bei Aufnahme eines Studiums aufmerksam zu machen?
   a) Falls ja, welcher Art sind diese Initiativen?
   b) Falls nein, warum nicht?
7. In welchem Umfang hat die Bundesregierung finanzielle Mittel für Initiativen bereitgestellt, mit denen Abiturienten für die Aufnahme eines Studiums motiviert werden sollen?
   a) Wie hoch ist ggf. der Anteil in diesem Budget, der für die Untersuchung und Kommunikation psychischer Gefahren bereitgestellt wird?
   b) Falls nein, warum gibt es für die die Untersuchung und Kommunikation psychischer Gefahren kein Budget?

Berlin, den 27. Mai 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333